

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Millimeterzeile für Arbeitsangehörer 30 Goldpfennig. Geschäfts- und Privatanzeigen 40 Goldpfennig.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelhof 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 15

Duisburg, den 12. April 1924

25. Jahrgang

Neopatriarchalismus

Man hat einmal in der Industriegeschichte von patriarchalistischen Systemen gesprochen, wo der Arbeiter dem Arbeitgeber noch allein gegenüber stand und dieser nach Belieben und Willkür die Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Arbeiters regelte, vielmehr auch noch für Wohnverhältnisse, für geistige Unterhaltung sorgte und was dergleichen Dinge mehr waren. Rechtlichen Anspruch auf alles das besaß der Arbeiter nicht; war der Fabrikherr ein edelstehender, sozialführender Mensch, dann mochte es für die Arbeiterkassen immerhin leidlich bestellt sein. Aber genau so oft, vielmehr noch öfter war eine gegenseitige Gesinnung beim Unternehmer festzustellen — und was war dann das Los des Arbeiters? Die Anfänge der Industrieentwicklung im Beginn des 19. Jahrhunderts geben traurige Bilder. Kinder von 6 bis 10 Jahren wurden in Bergwerke, Textilfabriken und Schwefelgruben hineingetrieben und hatten darin eine 10 bis 12stündige Arbeitszeit zu leisten. Alles unter dem sogenannten patriarchalistischen System, das heute manchem wieder als das Erstrebenswerte vorschwebt, nämlich allen denjenigen, die die Zeitgeschichte rückwärts drehen wollen. Das, was im Laufe der Zeit die Gewerkschaften für die Arbeiterkassen errungen haben, die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rechte, die Geschlossenheit, Zielstrebigkeit, diese Erzeugnisse sind manchem Scharfmacher ein Dorn im Auge und er wünscht sich die Zeit herbei, wo der Arbeiter, losgelöst von der Gewerkschaftsbewegung allein auf weiter Flur, dem übermächtigen Industrieherrn gegenübersteht. Dann soll der Unternehmer allein wieder die Sorge für das leibliche, geistige, evtl. auch für das rechtliche und politische Wohl seiner Arbeiter übernehmen. Das nennt man „Neopatriarchalismus“, also eine Neuaufgabe des alten patriarchalistischen Systems.

Diese Neopatriarchalisten sind die schärfsten Gegner der Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft, weil die Arbeitsgemeinschaft nicht der richtige Weg zum sozialen Frieden ist. Die „Bergwerkszeitung“ Nr. 78 1924 macht sich zum Sprecher dieser neuen Patriarchen, indem sie schreibt:

„Sie wollen den fehlenden geistigen Kontakt zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber wieder herstellen. Daher legen sie das Hauptgewicht zur Erlangung des Wirtschaftsfriedens dorthin, wo die geistige Bindung am ehesten zustande kommt, in die einzelnen Zellen des Wirtschaftslebens, die Betriebe. Hier sollen durch Mittel, die man zusammenfassend mit „Neopatriarchalismus“ bezeichnen hat, Werksgemeinschaften entstehen; gleichzeitig eine horizontale Kombination von Arbeitgebern und Arbeitnehmern an Stelle der bisherigen, als veraltet zu bezeichnenden Gemeinschaft von örtlichen Verbänden bis zur Spitze. Es ist anzunehmen, daß man das Programm dieser Richtung als „Sozialpolitik innerhalb der Betriebe“ bezeichnen kann. Daraus ergeben sich von selbst die Forderungen:

1. Freier Arbeitsvertrag an Stelle des Kollektivvertrages.
2. Ersetzen des staatlichen Apparates der Sozialpolitik durch firmeninternen Einrichtungen im Betriebe unter staatlicher Kontrolle.
3. Abbau aller sonstigen Zwangsvorschriften, freie Wirtschaft, unbedingte Vertragsfreiheit in jeglicher Beziehung.

Die Mittel, das zu erstrebende Ziel, die Werksgemeinschaft und damit den sozialen Frieden zu erreichen, sollen nur kurz angedeutet werden. Es muß dem Arbeiter in dem Betriebe und durch den Betrieb ein Gefühl der Zusammengehörigkeit, ein neues Heimatsgefühl anstatt der verkommenen Ideale der Internationalen eingeplant werden. Aus den beiden Polen im Betriebe, die Arbeitgeber, die Arbeitnehmer, soll durch geeignete Maßnahmen, die jedem Arbeitgeber im Gefühl liegen sollten, eine Gemeinschaft entstehen, ein gegenseitiges Sichverstehen und Sichhelfen. Schon jetzt erzählen die Arbeiter mit Stolz, daß sie bei Krupp usw. beschäftigt sind, sie fühlen sich gleichsam mit als Träger kolger Namen. Dieses Zusammengehörigkeitsgefühl gibt es zu stärken durch Erwerbung gewisser Rechte bei entsprechend langer Beschäftigungsdauer, wie ja schon in dieser Richtung gewisse Ansätze überall vorhanden sind. Vornehmlich gilt es dabei, den Arbeiter in das unabhiege, was er sein soll, an Stelle von einzelnen Vertretern dieser oder jener Gewerkschaftsrichtung zu erheben und er nur Vertreter seiner engeren Arbeitskameraden sein. Kurz zusammengefaßt gilt es die Seele des Arbeitnehmers zu gewinnen, den Arbeiter auch an der idealen Seite zu lassen. Mögen die Bestrebungen in dieser Richtung von besseren Erfolgen begleitet sein, als es leider die der Zentralarbeitsgemeinschaft waren!

Im Frühling

muß die Werbearbeit für unseren Christlichen Metallarbeiterverband erneut einsetzen.

Du brauchst heute nicht zu fragen, wo oder wem deine Tätigkeit zu gelten hat.

Wir haben noch manches gewerkschaftliche Brauchfeld und der Agitationsfelder sind viele. Betätige dich daher in der

Werkstattagitation, soweit Zeit und Gelegenheit es erlauben und habe vor dem Gegner den Mut es zu tun.

Sauagitation. Tausende unserer Kollegen, Klempner, Installateure usw. sind bei Wankern beschäftigt. Vergiß diese Kollegen bei der Werbearbeit nicht.

Gewerkschaftsversammlung. Auch da kannst du jämliche Kollegen „belehren“ oder wenigstens Aufnahmen vorbereiten.

Agitation in konfessionellen Vereinen. Arbeite selbst als Mitglied darin, dann wird der gewerkschaftliche Erfolg nicht ausbleiben.

Sausagitation. Die Wohnung ist das beste Agitationsfeld und das billigste. Die in der Hausagitation gewonnenen Kollegen sind meistens die eifrigsten geworden. Vor allem kannst du auch auf die Familie einwirken und besonders die Frau aufklären über die Notwendigkeit der Organisation.

Wenigst du die Werbewilligkeit, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben. Und der Erfolg besteht letztlich darin, durch eine geschlossene Gewerkschaftsorganisation die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bessern.

So steht also der „Neopatriarchalismus“ aus. Ein Hirngehirn, das dazu dient, den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen. Erinnern wir uns nicht, schon einmal genau das gleiche Programm gelesen zu haben? Fall! In der berühmten Rede des Syndikus Klenner in Elberfeld standen ja die gleichen Gedanken und 158 Arbeitgeber klatschten „lebhaft und lange andauernd Beifall“.

Klenner als Patriarch. Im ehrwürdig weißen Bart mit dem Schäferstab seine Ohren, nicht minder liebevoll aber auch seine Knie und Schafe weiden. So möchte er gern aussehen. Aber unter seinem Patriarchenrock schauen Werbedeufel heraus. Spiegelberg wir tennen dich! Der Neopatriarchalismus bedeutet nichts anderes als eine scharfe Fesselung der Arbeiterschaft, nur möchte man die Fesseln unter Blumengirlanden verbeden. Die Arbeiterschaft weiß, woran sie ist. Sie wird jedem Scharfmacher, ob es Patriarchalismus oder sonstwie heißt den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen, aber sie muß auch wissen, daß das ohne starke zielbewußt arbeitende Gewerkschaften ein Ding der Unmöglichkeit ist.

Löhne und Preise

Die Frage der Lohngestaltung, des Reallohnes und des Verhältnis zu den jetzt noch bestehenden Preisen bekommt vor allem der Arbeiter und die Arbeiterfamilie zu spüren. Gerade auf die Minderung dieser Spannung zwischen Preis und Lohn muß das größte Gewicht gelegt werden. So war es selbstverständlich, daß die Bezirkskonferenz des Christlichen Metallarbeiterverbandes für das Ruhrgebiet am Sonntag, dem 30. März, in Dortmund u. a. auch zur Lohn- u. Preisgestaltung Stellung nahm. Der Berichtserstatter, Kollege Herkmes, Mülheim (Ruhr), führte an Hand umfangreichen statistischen Materials den Nachweis, daß die heutigen Preisverhältnisse sich noch auf einer durchaus unberechtigten und unangedehnten Höhe bewegen, und andererseits zwischen Lebenshaltungskosten und Einkommen eine Spannung besteht, die auf die Dauer von der Arbeiterschaft nicht getragen werden kann. Auf Grund der Berechnungen, die in ihren Ergebnissen durch die Ermittlung der amtlichen Stellen bestätigt werden, wurde nachgewiesen, daß sich die Preise für Textilien noch um durchschnittlich 100 Prozent über Vorkriegspreise bewegen; bei Schuhzeug und Ledermwaren um durchschnittlich 60 Prozent; bei Lebensmitteln um durchschnittlich 15 Prozent. Insgesamt unter Einrechnung der Miete stellen sich die Lebenshaltungskosten heute noch um etwa 10 Prozent höher wie in der Vorkriegszeit, dabei ist festzustellen, daß neterdings eine starke Angleichung der Wohnungsverhältnisse an den Friedensstand stattfinden soll, wodurch der Procentsatz der Lebenshaltungskosten sich ganz erheblich steigern wird.

Andererseits seien die Lohn- und Einkommensverhältnisse der Arbeiter durchaus unbefriedigend und nur in ganz geringem Umfang sei eine Angleichung an die Friedenslöhne erfolgt. Im allgemeinen bleibe das Einkommen der Arbeiter ganz bedeutend, mindestens um 20 bis 30 Prozent hinter der Vorkriegszeit zurück. Die Haltung weiter Kreise, besonders im Handel die nicht von den Preisen der Kriegs- und Nachkriegszeit ablassen wollen und heute noch versuchen, die Kalkulationsmethoden der Inflationszeit zur Anwendung zu bringen, wurde scharf kritisiert. Nicht nur, daß man höhere Preise für die Waren verlangt, sei zu beklagen, sondern vor allen Dingen auch die Qualität bleibe vielfach noch ganz erheblich hinter der Vorkriegszeit zurück. Die für die Arbeiter unerträglichen Zustände müßten unter allen Umständen schleunigst geändert werden.

Andererseits sei aber auch nötig, daß sich die Arbeiterschaft in erhöhtem Maße auf den Gedanken der genossenschaftlichen Selbsthilfe besinne. Erfreulicher Weise hätten sich in den in Deutschland sehr starken landwirtschaftlichen Genossenschaften der Gedanke durchgesetzt, jetzt in erhöhtem Maße, zwecks Ausschaltung des unnötigen Zwischenhandels in direkte Beziehungen zu den Verbraucherorganisationen (Konsumvereinen) zu treten. Wenn dieses durchgeführt werde, so komme das beiden Teilen zugute, indem die Verbraucher billiger und gut beliefert werden und trotzdem dem produzierenden Landwirt gütigere Preise gezahlt werden könnten, wie das bei dem heutigen System vielfach der Fall sei. Die Konsumvereine müßten sich aber auch noch der Warenverbreitung auf dem Gebiete der Textilien, Schuhzeug und sonstigem Hausgerät zuwenden. Die Preisgestaltung dieser Waren zeige, daß hier der genossenschaftliche Einfluss noch nicht genügend zur Geltung komme. Der Berichtserstatter charakterisierte dann noch in kurzen Zügen Zweck und Stand der übrigen wirtschaftlichen Unternehmungen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Alle Feuerversicherungen gelten zurzeit infolge Entwertung als erloschen und es sei daher die Möglichkeit geboten, die neue Versicherung ohne Schwierigkeit bei der eigenen Anstalt, Deutsche Feuer A.G. zu tätigen. Bei den Lebensversicherungen sei zwar noch mit einer Aufwertung zu rechnen, jedoch müsse vor übertriebenen Erwartungen gewarnt werden, neuen Bedürfnissen genüge man am besten in der Deutschen Volksversicherung. Auch für die übrigen Versicherungswege, wie Diebstahl, Transport, Haftpflicht sei in eigenen Anstalten Vorzüge getroffen. Sobald wieder die Sparmöglichkeit gegeben sei, müßten alle Sparanstalten der von unserer Bewegung erfassten Volksschichten in der Deutschen Volksbank A.G. und den Sparkassen der Konsumvereine zusammenfließen. Von der Führung der christlich-nationalen Arbeiterschaft wird angestrebt, die gesamten finanziellen Kräfte des arbeitenden Volkes zusammenzufassen, um sie in den Dienst der Verwirklichung der Ideen und Ziele der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zu stellen. Diese Ausführungen fanden bei der Konferenz lebhafteste Zustimmung und die nachfolgende Entscheidung wurde einstimmig angenommen:

Entschliessung

In fast allen Teilen der Industrie und Gewerbe ist in den letzten Monaten durch verlängerte Arbeitszeit und erhöhte Arbeitsleistungen eine erhebliche Verbilligung der Produktionskosten durchgeführt worden. Der dadurch erhöhte Preisabbau ist aber bei weitem nicht in dem Maße eingetreten, wie das seitens der Verbraucherseite erwartet werden konnte und jetzt nachdrücklich verlangt werden muß. Die Syndikate und Kartelle gewisser Industrien suchen die Preise künstlich hochzuhalten. Insbesondere sind es aber die Organisationen des Handels, die noch immer die in der Inflationszeit, wenn auch teilweise in abgeschwächter Form, üblichen Kalkulationsmethoden beibehalten versuchen. Gegen dieses Vorgehen wird scharfster Protest erhoben. Es ist durch nichts zu rechtfertigen, wenn im Vergleich zur Vorkriegszeit

heute noch für Gegenstände des täglichen Bedarfs, Textilien, Ledermwaren und Hausgeräte Preise gefordert werden, die 60 bis 100 Prozent über den damaligen Preisstand hinausgehen. Aber auch bei Lebensmitteln, wo bereits eine schwache Angleichung an die Friedenspreise stattgefunden hat, sind die heutigen Preise unter Berücksichtigung der Qualität der Ware und ferner der Einkommensverhältnisse der Arbeiterschaft noch entschieden zu hoch. Das Einkommen fast aller Arbeiter bleibt heute noch ganz erheblich hinter der Vorkriegszeit zurück, ganz abgesehen von den tausenden von Erwerbslosen und Kurzarbeitern, die nicht einmal das Nötigste zum Leben haben. Die Bezirkskonferenz des Christlichen Metallarbeiterverbandes fordert daher, daß alle beteiligten Verbände, die Organisationen der Industrie und des Handels, sowie deren Einzelmitglieder, sich im Sinne eines weiteren energischen Abbaues der Preise betätigen. Das Festhalten hoher Preise unterbindet die Kaufkraft weitest Volkschichten und hemmt dadurch die Wiederbelebung unserer Wirtschaft. Die Arbeiterschaft wird aufgefordert, durch Beitritt zu den Genossenschaften mitzuwirken, den überflüssigen und preisverwertenden Zwischenhandel auszuschalten und auf dem Gebiete der Warenversorgung durch genossenschaftliche Selbsthilfe an der Besserung unserer Lebensbedingungen mitzuarbeiten. Sollte der notwendige weitere Preisabbau nicht in kürzester Frist in ausreichendem Maße eintreten, so werden die Metallarbeiter nicht unhin können, durch Lohnsteigerungen den Ausgleich zu suchen.

„Erfolge“ des Radikalismus

Es zeigt sich heute mit erschreckender Deutlichkeit, welche furchtbaren Spuren der Radikalismus in der Gewerkschaftsbewegung hinterlassen hat. Die Arbeiterschaft ist geschwächt, die Unternehmerschaft gestärkt, an vielen Orten regen sich die Gelben wieder. Am schärfsten tritt das bei den Betriebswahlenutage, wo man plötzlich Witen aufsuchen sieht, die Beweis dafür sind, welchen Zusammenbruch die Arbeiterschaft in dem betr. Betrieb durch die Verheerung und den Radikalismus erlebt hat. So kamen bei den Betriebsratswahlen der Normwerke in Berlin folgende Resultate heraus: Arbeiterpartei 857, Kommunisten 807, Unabhängige 232, Liste der Unorganisierten 756, Böllische (gelbe) Liste 301. Ohne die gewerkschaftserhebende Arbeit der Kommunisten sind die beiden letzten Witen nicht zu verstehen.

Die Dittscheider sozialistische „Volksstimme“ schreibt über den elenden Zusammenbruch des Generalstreiks wegen der Frage der Arbeitszeitverlängerung: „Diese Genossenschaft hatte verhängnisvolle Folgen. Enttäuschung, Verärgerung und Mutlosigkeit machten sich breit und die schamlose Hege gegen die Gewerkschaften bewirkte als einzigen Erfolg dieser kommunistischen „Klassenkampfaktion“: Die Zahl der Mitglieder der kämpfenden Organisationen sank von 29 000 auf 4 000.“ Von Essen meldet die „Volksstimme“, daß die Zahl der dortigen Mitglieder des sozialistischen Metallarbeiterverbandes von 21 300 auf rund 6 000 gesunken sei.

Da haben die Kollegen den Beweis, wofür der Radikalismus und das Phantentum führt nämlich zur Sprengung der Gewerkschaften. Es wäre nicht so weit gekommen, wenn die sozialistischen Gewerkschaften die Parteipolitik aus ihren Reihen ferngehalten hätten. Aber die sozialistischen Gewerkschaften haben der Verbindung mit den sozialistischen Parteien zuliebe die ernsthafte Arbeiterinteressenvertretung hintenangelassen und sich in die parteipolitische Arena herabgelassen. Die Folgen hat die Arbeiterschaft zu tragen, denn niemand ist dem Schmachdarmtum ein größerer Dienst erwiesen worden als mit dieser Handlungsweise der sozialistischen Gewerkschaften.

Erfolge gewerkschaftlicher Arbeit

Zielstrebig, wenn auch in harten Ringen kämpft besonders unser Verband um eine Erhöhung des Lohnes, um so eine Angleichung an Preis und Kaufmöglichkeit zu schaffen. Ihre Arbeit ist nicht vergebens.

In Solingen, wo zuerst Goldlöhne eingeführt worden waren, und die Löhne verhältnismäßig niedrig standen, wurden bei dem Verlangen der anderen Metallarbeiterorganisationen durch das energische Vorgehen unseres Verbandes mit Wirkung ab 3. März folgende Löhne erzielt: Facharbeiter 1b 55—61 Pfg., Facharbeiter 1a 49—54 Pfg., gelernte Arbeiter 41—45 Pfg., ungelernete Arbeiter 30—41 Pfg., ungelernete Arbeiter 33—38 Pfg., weibliche 23 bis 26 Pfg. Arbeiter der Gruppe 3—6 denen keine Gelegenheit geboten ist, im Accord zu arbeiten, erhalten einen Zuschlag von 10 Prozent.

In Mannheim wurde eine Lohnerhöhung mit Wirkung vom 30. März von 53 auf 55 Pfg. erreicht.

Wenn auch die Löhne noch nicht die lebensnotwendige Höhe erreicht haben, so muß sich doch jeder Kollege fragen: Wie hoch ständen die Löhne, wenn keine Organisation da wäre? Da würde das Unternehmertum sich nicht bereit finden, Lohnerhöhungen zu geben. Was die Radikalen erreichen, haben wir in der obigen Notiz gesehen; was eine Organisation erreicht, die zielbewußt und energisch arbeitet, zeigen diese Angaben.

Die neue Arbeitszeit in der Metallindustrie

In Verfolg unserer Berichte in den Nr. 11—13 unseres Organs lassen wir noch weitere über die Festsetzung der neuen Arbeitszeit in der Metallindustrie folgen:

Niederrheinische Metallindustrie (Lothol). Schiedspruch vom 8. Januar. Ab 14. Januar ist eine wöchentliche Mehrarbeit von 8 Stunden zu leisten. Der Samstagnachmittag soll frei bleiben. Bezüglich Ueberstundenzuschlag wird angenommen, daß er in den Lohnsätzen enthalten ist (!).

Elektr.-Industrie Rheinland und Westfalen. Schiedspruch vom 11. März. Ueber die normale Arbeitszeit von 48 Stunden kann nach Bedürfnissen eine Mehrarbeit von 6 Stunden wöchentlich (ohne Ueberstundenzuschlag) angeordnet werden. Eine weitere Mehrarbeit von 54—57 Stunden ist besonders zu vermeiden. Während oder vor dem Kriege eine kürzere Arbeitszeit bestand, bleibt diese in Kraft.

Schwerer Metallindustrie, Schiedspruch vom 21. Februar. Die Arbeitszeit kann nach Anhörung der Betriebsvertreter auf 57 Stunden festgelegt werden. In durchgehenden Betrieben beträgt sie 60 Stunden. Die 24stündige Wechselschicht an Sonntagen ist durch ein Abfüllungssystem zu beseitigen. Auch an diesen Sonntagen soll nur 10 Stunden gearbeitet werden. Der Samstagnachmittag bleibt in der Regel ab 2 Uhr frei außer bei Doppelschichten. Der Schiedspruch soll Gültigkeit haben bis zum 31. Oktober 1924.

Von der Zyprienischen Stahlwerk, Köln. Schiedspruch vom 26. Januar wie Nordwest mit 59, 56 und 54 Stunden. Die Ausführungsbestimmungen besagen, daß an Samstagen im Stahlwerk die Tagsschicht von 6 bis 2 Uhr und die Nachtschicht von 2 bis 12 Uhr mit dreihalbständigen Pausen läuft. Ebenso auch im Waflag- und Hammerwerk.

Altkönigshäuser Metallindustrie, Vereinbarung ab 24. Januar. Die regelmäßige Arbeitszeit beträgt 48 Stunden. Grundsätzlich bleibt die durchgehende Arbeitszeit mit 1/2 Stunde Pause bestehen. Notwendige Überstunden sind zu leisten und werden sie zu je zwei mit 25, 30 und 50 Prozent Zuschlägen vergütet.

Bendorfer (Mein) Metallindustrie, Schiedspruch vom 19. Februar 1924. Der normale Arbeitstag von 8 Stunden wird auf eine Arbeitszeit von wöchentlich 56 Stunden erweitert. Eine längere Arbeitszeit ist mit Einverständnis des Betriebsrates zulässig. Im Streitfall entscheidet der Schlichtungsausschuß. Der Samstagnachmittag soll frei bleiben. Überstundenzuschlag tritt mit der 11. Stunde ein.

Lehrerwälder Metallindustrie, Vereinbarung auf 54 Arbeitsstunden die Woche.

Neuwied-Undernacher Metallindustrie, Vereinbarung auf 56 Stunden. Zu einer noch längeren Arbeitszeit ist Zustimmung der Betriebsvertretung erforderlich. Der Samstagnachmittag bleibt frei. Mit der Firma Remy van der Zypen (Abt. Undernacher) wurden 54 Stunden vereinbart.

Söfinger Metallindustrie, Schiedspruch vom 28. Februar 1924. Ueber die normale Arbeitszeit von 48 Stunden, kann eine Mehrarbeit bis zu 8 Stunden je Woche festgelegt werden. Überstundenzuschlag wird dafür nicht gezahlt. Die Verteilung der Stunden auf die Tage erfolgt nach Anhörung der Betriebsvertretung beruht, daß der Samstagnachmittag frei bleibt. In den durchgehenden Betrieben wird das Zweifschichtensystem eingeführt.

Mehleber Tarifgemeinschaft, Schiedspruch vom 28. Januar 1924. Die regelmäßige Arbeitszeit von 48 Stunden kann vom Arbeitgeber auf 54 Stunden und nach Zustimmung der Betriebsvertretung auf 57 Stunden (ohne Zuschlag) verlängert werden.

Widenscheider Metallindustrie, Vereinbarung vom 21. Januar. Nach Anhörung der Betriebsvertretung ist täglich eine bis 10stündige Arbeit zu leisten. Bei freiem Samstagnachmittag soll die wöchentliche Arbeitszeit 57 Stunden nicht überschreiten.

Holmetaler Metallindustrie, Vereinbarung vom 1. Februar bis 1. Juli 1924 wie Widenscheider. Bei Doppelschichten soll die Wochenarbeitszeit am Samstagabend 10 Uhr endigen.

Kalder Metallindustrie, Vereinbarung vom 13. März bis 31. Mai 1924. Die Arbeitszeit wird, wo es erforderlich ist, bis zu 54 Stunden verlängert. In einer weiteren Verlängerung bis zu 60 Stunden ist die Zustimmung der Betriebsvertretung erforderlich.

Hannoversche Metallindustrie, Abkommen vom 14. März 1924. Die Arbeitszeit beträgt 54 bis 55 Stunden wöchentlich. Für durchgehende Betrieb und Arbeiten 10 Stunden täglich. Alle Arbeitsstunden über 10 täglich oder 55 wöchentlich werden mit Zuschlag bezahlt.

Niederländische Metallindustrie, Erneute Vereinbarung vom 7. März 1924. Die Arbeitszeit kann im Bedarfsfalle bis zu 54 Stunden und nach Nehmen mit der Betriebsvertretung bis auf 60 Stunden heraufgehoben werden. Für die letztere Überzeitarbeit wird ein Zuschlag von 15 Prozent bezahlt.

Insgesamt haben wir bis jetzt über 50 neue Arbeitszeitabkommen oder Schiedsprüche berichtet. Leider stehen immer noch viele Berichte aus. Folglich ist auch das Gesamtbild noch kein übersichtlicheres. Das Fehlende muß baldmöglichst nachgeholt werden. Ebenso wird Heft und Hefestift berichtet werden müssen ob und wie die Abkommen und Schiedsprüche auch eingehalten und durchgeführt werden.

Verbandsgebiet

Am Sonntag, dem 30. März fand in Dortmund die diesjährige Bezirkskonferenz für den 1. Bezirk statt. Im Vorjahre mußte die Konferenz wegen der damals vorhandenen Verkehrsschwierigkeiten ausfallen. Die Berichtszeit erstreckt sich daher auf zwei Jahre.

Der Bezirksleiter, Kollege Burgartz, erstattete folgenden Geschäftsbericht:

In dem Bericht über das Jahr 1921 verweist er darauf, daß die Organisationen über große Anforderungen gestellt wurden. Das Jahr 1922, namentlich aber das Jahr 1923, haben in Bezug auf Arbeitsleistung das Jahr 1921 erheblich überflügelt. Es dürfte wohl keine Zeitspanne gegeben haben, wo an jeden einzelnen Angehörigen der Organisation so erhebliche Anforderungen gestellt wurden wie in der Berichtszeit. Ausgangs des Jahres 1921 versuchten die Unternehmer familiäre Lohnregelungen bezüglich vorzunehmen.

Arbeiterchaft und wirtschaftliches Denken

Es ist eine offensichtliche Tatsache, daß die wirtschaftlichen Momente auf dem Gang der politischen Ereignisse von viel nachhaltiger Wirkung sind, als dies in früheren Zeiten der Fall war. Unsere deutsche Volkswirtschaft hat sich in den letzten 30 Jahren in einer geradezu einzig dastehenden Weise entwickelt und verändert. Kein Land der Welt hat eine so günstige ständig ansteigende Beteiligung am Weltmarkt aufzuweisen gehabt wie Deutschland. Aber aber etwa meinte, daß man das Maß wirtschaftlichen Verständnisses in allen Schichten unseres Volkes im gleichen Verhältnis steigern wäre, der irdi gewaltig. Darin hat sich so gut wie nichts geändert. Wir haben als Volksgemeinschaft weder im Hinblick auf unsere eigene Volkswirtschaft steigendes Wirtschaftsverständnis aufgebracht, noch etwa im Hinblick auf unsere eigene weltwirtschaftliche Verflechtung. Auch in den Tagen als unser Weltmarkt nur um etwa 4 Milliarden Goldmark hinter dem des englischen zurückblieb haben wir nur kontinental feilbändig gedacht während England schon längst Weltwirtschaftspolitik trieb. Wie ist es nur zu begreifbar, daß ein so durch und durch wirtschaftliches Volk wie das deutsche so wenig wirtschaftliche Bildung und ein so geringes Maß wirtschaftlichen Verständnisses aufweist? Wir sind militärisch mit weitvortauschender Einnicht in den schwersten Krieg hineingegangen, ohne auch nur im geringsten eine wirtschaftliche Mobilisierungsgeographische Lage eine solche Mangelheraus heranzuführen. England hatte längst, eh die kriegerischen Ereignisse ihren Lauf nahmen, einen wirtschaftlichen Kriegsplan entworfen. Kurz nach Kriegsausbruch traten in England wirtschaftliche Götze in Kraft, die bis in die letzten Einzelheiten ausgearbeitet gewesen sind, ein Beweis dafür, daß sie von langer Hand geplant und durchdacht waren.

Unsere Organisation hat sich in richtiger Erkenntnis der damit verbundenen Gefahren von jeher gegen diese Bestrebungen gewehrt, weil wir uns darüber klar waren, daß dadurch der Organisation ein schwerer Schlag versetzt würde. Die geringe Einsicht der übrigen Arbeiterorganisationen ermöglichte es den Arbeitgebern, ihren Willen durchzusetzen und die Arbeiterorganisationen erheblich zu schwächen. Durch die verunglückte Ruhraktion und der damit in Verbindung stehenden rapiden Inflation wurden die Organisationen aus ihren Machtpositionen vollständig verdrängt. Wenn bei Beginn der Ruhraktion das Unternehmertum den Gedanken der Arbeitsgemeinschaft scharf herausstrich, so war bei Beendigung der Aktion genau das Gegenteil zu verzeichnen. Auf der ganzen Linie wurde versucht, eine rückwärtsste Diktatur einzuführen und überall da, wo es möglich war, die Organisationen auszufalten. Dieser Wille wurde beständig durch die Ausführungen des Herrn Vorstg, welcher als Nachfolgerin, anlässlich einer Tagung der Metallindustriellen angab, die Gewerkschaften möglichst auszuschalten und die Verhandlungen über Arbeitslohn und Arbeitsrecht mit den Betriebsvertretungen allein zu führen. Unter dem Druck der Verhältnisse ist es ganz natürlich, wenn die Arbeiterchaft dabei zu kurz kommt. Durch den Verfall des D.M.M., welcher zum größten Teil auf die Taktlosigkeit und geringe Verantwortlichkeit der Führer zurückzuführen ist, erhielten die radikalen Arbeiter Oberwasser und die Unternehmer waren in der Lage, mit Leichtigkeit das durchzusetzen, was sie für richtig hielten. Die Bestrebungen der Unternehmer, die wirtschaftlichen Organisationen wieder zu fördern, sind allgemein bekannt und dürfen für die gesamte Arbeiterchaft eine Warnung sein.

Das Kapitel Streik- und Lohnbewegung nahm ganz naturgemäß einen breiten Raum ein. Die Zahl der Bewegungen aufzuführen, ist einfach unmöglich, weil kaum ein Tag im letzten Jahre verging, wo nicht die eine oder andere Lohnbewegung geföhrt werden mußte. Trotzdem muß ganz offen gesagt werden, daß durch die Inflation die Kaufkraft des Lohnes nicht gesteigert wurde. Wenn am Verhandlungstage ein an sich guter Lohnabschluß zu verzeichnen war so war der Lohn am Tage der Ausschüttung wieder unter den Normalstand gesunken. Als Beispiel nur einige Zahlen aus 1923. Es verdiente im Monat März 1923, alle in einem Monat, wo der Dollar stabil war, der Arbeiter in der Metallindustrie pro Stunde 29,5 Pf. Darüber hinaus sind die Löhne bis zum Monat August kaum noch gekommen. Wenn im Monat August und September die Löhne über 40 Pf. kamen, dann ist damit nicht bewiesen, daß die Kaufkraft höher wurde, denn in dieser Zeit standen die Preise für den täglichen Bedarf in keinem Verhältnis zum DOLLAR, nach dem die Goldpreise errechnet wurden. Im Oktober desselben Jahres sah es geradezu trostlos aus, erreichte doch der Arbeiter nur einen Stundenlohn von 21,6 Pf. und im November nur 36,6 Pf. Wenn im Dezember ein höherer Lohn und zwar 71 Pf. pro Stunde zu verzeichnen war, dann bedeutet das auch keine Besserung der Kaufkraft, denn diese Löhne standen tatsächlich nur auf dem Papier weil im Monat Dezember kaum 5 Proc. der Arbeiter in Arbeit stand.

In dieser Situation wurde ein neues Arbeitszeitabkommen getroffen. Durch die Taktik des D.M.M. wurde die Arbeiterchaft in unserem Bezirk sowohl in der Familie wie auch gewerkschaftlich, vollständig ruiniert. Hätte der D.M.M. sich in dieser so wichtigen Frage mit uns auf einer Linie bewegt dann wären die Arbeiterorganisationen nicht in dem Maße erschüttert worden, die Arbeiter hätten nicht so lange zu hungern brauchen, das Vertrauen der ausländischen Kaufleute zu unserer Wirtschaft wäre größer geworden und damit ganz naturgemäß eine schonendere Befolgung der Industrie, wodurch die Arbeitslosigkeit nachgelassen und die Gewerkschaften schnell gestärkt worden wären. Die Machtmittel der Organisationen wären vergrößert und somit hätte auch schon früher mit einer planmäßigen Arbeit am Wiederaufbau der Arbeitszeit in der Schwerindustrie begonnen werden können. Das materielle Ergebnis der Lohnbewegungen niederzulassen, ist deshalb unmöglich, weil in den meisten Fällen nur eine Angleichung an die Teuerung erfolgte andererseits die von der Inflation beeinträchtigten Zahlen nur lächerlich wirken würden.

Die Mitteilbewegung und Beitragsleistung wurden durch die ganzen Verhältnisse ungünstig beeinflusst. Wenn im Jahre 1922 immer noch von einer Stabilität geredet werden konnte, so zeigt das Jahr 1923 im allgemeinen für die Gewerkschaften ein recht trostloses Bild. Dabei darf gesagt werden, daß der Christliche Metallarbeiterverband von allen Organisationen, sowohl an Mitgliedern wie auch in Bezug auf Beitragsleistung, am besten abgeschnitten hat. Ganz besonders erregend ist die Opferwilligkeit, welche unsere Kollegen zeigten, indem sie trotz Arbeitslosigkeit von der Arbeitslosenunterstützung noch regelmäßig Beiträge zahlten. Wenn auch nur Pfennige in Frage kamen so muß doch festgestellt werden daß unsere Mitglieder in der größten Not der Organisation nicht unter wurden. Der Christliche Metallarbeiterverband war auf diesem Gebiet lanangehend und dürfte es bei unserer Nachkommenschaft erhebend wirken, wenn von der gegenwärtigen Generation in der größten Not die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen nicht vergessen wurde.

In der Berichtszeit waren im Bezirk 49 748 Neuaufnahmen und Uebertritte zu verzeichnen. Damit allein ist schon bewiesen, wie groß die Werbestärke in unserer Organisation ist, und kein Grund besteht, mißtrauen zu sein. Wenn unsere Mitglieder und Vertrauensleute auch in der gegenwärtigen Zeit mit demselben Eifer wie bisher für die Ausbreitung unseres Verbandes arbeiten, dann sind wir bald wieder in der Lage, bei den Verhandlungen mit den Unternehmern als beachtenswerter Faktor aufzutreten.

Anschließend erfolgte dann der Vortrag des Kollegen Graß über die Frage, wie wir uns verhalten müssen bei der neuen Arbeitszeit anzunehmen. Ueber ihn und den Vortrag des Kollegen Gröne, die Agitationsmöglichkeit i. d. Gegenwart, werden wir besonders berichten. Nach einem Referat des Kollegen Burgartz

Wie weit verbreitet war in Deutschland und ganz allgemein die Ansicht, daß in einem Kriege von solchem Ausmaß allein das Glück der Massen entscheide. Wie lange hat es gedauert, bis die Erkenntnis kam, daß neben den Waffen die Produktivität der feindlichen Volkswirtschaften miteinander ringen. (Sindenburgprogramm, Zivilienpflicht.) Es wird eine bewundernswerte Leistung unserer Soldaten bleiben, daß die vom Welt abgedrängte ganz auf sich selbst angewiesene deutsche Volkswirtschaft auf kühner und rauer Front jahrelang den vereinten Volkswirtschaften Englands, Frankreichs und Rußlands, die außerdem noch durch die ganze Weltwirtschaft verstärkt wurden, standhielt.

Die Beispiele für das mangelnde wirtschaftliche Verständnis in außerpolitischen Fragen liegen in beliebiger Zahl häufen. Das nämliche gilt auch für das innerpolitische Gebiet. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die innerpolitischen Geschehnisse vielfach einen anderen Lauf nahmen, ein anderes Ergebnis zeigten und fäherlich nicht in der verbitternden Form geführt würden, wenn die wirtschaftlichen Zusammenhänge klarer erkannt würden.

Auch die Stellung weiter Teile der Arbeiterchaft zur bolschewistischen Lehre wird immer klarer und klarer erkannt, wenn man weiß, daß alle früheren kommunistischen Versuche ständig zusammengebrochen sind — an inneren wirtschaftlichen Unmöglichkeiten gesteigert werden muß, ehe man den Konsum allgemein erhöhen kann. — Wenn es zum geistigen Eigentum geworden ist, daß der Zeitraum eines Volkes nur zwei Wurzeln hat — Natur und Arbeit — der wird jeglicher Tätigkeit der Noternte mit größtem Vertrauen gegenüberstehen. — Der Streik wird zu einer viel vorzüglicher angewandten Waffe werden wenn die Einsicht herrscht, daß die durch Streik erzwungene Lohnerhöhung auf die Preisgestaltung zurückzuführen ist und daß diese preissteigernde Tendenz verschärft wird durch die durch Streik verursachte geringere Produktionsleistung. Desto mehr muß versucht werden, auf dem Schlichtungs-

Die Betriebsrätemahlen

sind im Gang. Auf einigen Werken sind die Wahlen bereits geföhrt. Es gilt, alle unsere Kollegen an die Wahlurne zu bringen. Die faumigen und lässigen Kollegen schädigen den Verband und sich selbst auf das schwerste.

Hier und da sind verärgerte Kollegen. Gerade sie müssen darauf hingewiesen werden, daß es noch schlimmer wird, wenn radikale oder gar unorganisierte Betriebsräte ans Ruder kommen.

Seute gilt es zu zeigen, daß unsere Kollegen Verantwortung und Solidarität ihrem Stand und ihrem Verband gegenüber besitzen.

über das Arbeitszeitabkommen, wurde allseitig festgestellt, daß die Unternehmer in sehr vielen Fällen die Berliner Vereinbarung nicht beachten. Der Reichskommissar welcher von unserer Organisation mehrfach angegangen wurde, um ein Schiedsgericht zu bilden, damit die Uebergriffe der Unternehmer beseitigt werden, hat bis zur Stunde keine Zeit gefunden, eine Sitzung anzusetzen, noch eine Antwort, trotz schriftlicher Mahnung, zu erteilen. Das Verhalten der Unternehmer und des sog. Reichskommissars erzeugte eine berechtigige Entrüstung. Es wurde beschloffen, mit der Materialsammlung fortzufahren, um dann an höherer Stelle Beschwerde einzureichen und die den Verhältnissen entsprechenden notwendigen Anträge zu stellen.

Ueber die Preis- und Lohnfrage erhaltete Kollege Henckes eine sehr ausführlichen Bericht, über den wir an anderer Stelle berichteten.

Eine ausgiebige Ausfrage, bei der alle Kollegen sich von dem Gedanken leiten ließen, der guten Sache und den Interessen der Mitglieder zu dienen, gab der Konferenz ein vorzügliches Gepräge. Es wurde der bisherige Bezirksausschuß, sowie die Vertreter zum Stützungsverband einstimmig wiedergewählt. Für den Zentralausschuß als Delegierte wurden einstimmig gewählt, der Kollege Henckes (Wülheim), Werthenbach (Wesentlichen) und Brandner (Elsen).

Ferner wurde einstimmig beschloffen, das Lohnabkommen vom 16. Januar 1924 zu kündigen. Ob das Arbeitszeitabkommen gekündigt werden soll darüber wurde noch kein Beschluß geföhrt, wohl bestimmte Richtlinien für das Vorgehen unseres Verbandes in dieser Frage einstimmig aufgestellt. Außerdem soll zu einem späteren Termin eine weitere Konferenz über die Kündigung des Arbeitszeitabkommens entscheiden. Dem Arbeitsministerium wurde ein Dringlichkeitsantrag unterbreitet, die Sommerzeitänderung nicht einzuföhren.

An Stelle des verhinderten 1. Verbandsvorsitzenden Kollege Wieber nahm dann sein Stellvertreter, Kollege Schmitz, das Wort.

In einem großartig angelegten Referat führte er den Anwesenden die gegenwärtige Wirtschaftslage vor Augen. Er verband es meisterhaft, die Licht- und Schattenseiten herauszuschälen. Die Belastung der Industrie durch das Weimarer Abkommen wurde eingehend geschildert und wurde die berechtigige Forderung aufgestellt, dahin zu wirken, daß zu den Verhandlungen über ein entl. weiteres Abkommen die Gewerkschaften ungezogen werden. Ferner gab der Referent seiner Freude Ausdruck, über die große Solidität in der Ausfrage und Einstimmigkeit in der Auffassung bei den verschiedenen Problemen. Außerordentlich hob er hervor, daß eine Organisation wie der Christliche Metallarbeiterverband von den Feinden nie vernichtet werden könne, sondern wie so oft, auch in Zukunft bestehen werde, daß die Gegner, gleich welcher Art, mit uns zu rechnen haben.

Alles in allem genommen, die Konferenz war ein Lichtblick in den trüben Tagen des Alltags und es wird die günstige Wirkung nicht ausbleiben.

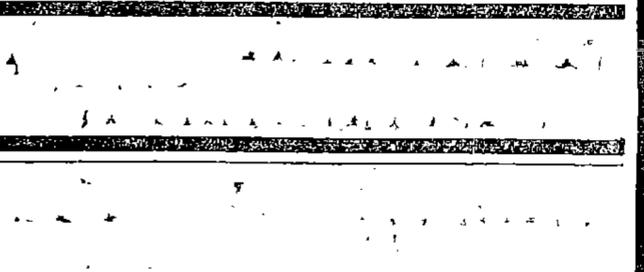
Bekanntmachung

Am Sonntag, den 13. April, ist der 16. Wochenbeitrag fällig.

Anzeigen

Tüchtiger Schlosser

von bayrischer Herdfabrik gesucht. Anfragen unter Chiffre 162 an die Expedition des Echo vom Niederrhein, Duisburg



wege die streitenden Interessen auszugleichen. Denn je weniger Güter hergestellt werden, desto teurer müssen sie werden. Eine Preissteigerung zieht die andere nach sich.

Müßte man nicht in städtischen Verbrauchertreffen die Einsicht haben, daß der Landwirtschaft für ihre Produkte Preise zugestimmt werden müssen, die die Produktion rentabel erscheinen lassen, was in manchen Fällen nicht mehr der Fall ist. Ohne Rentabilität kann auf die Dauer keine Wirtschaft bestehen. Hat aber andererseits nicht auch die Landwirtschaft ein Interesse daran, daß die städtischen Verbraucher dauernde Abnehmer der landwirtschaftlichen Ueberproduktion zu lohnenden Preisen sind? Sicherlich denn nur in einer gefunden Gesamtwirtschaft können alle Glieder ihren dauernden Nutzen finden.

Genug der Beispiele — zeigen sie doch alle dieselbe Tatsache: Je mehr wirtschaftliches Verständnis vorhanden ist, desto reibungsloser läuft die Wirtschaftsmaschine, desto weniger heftige Formen wird der Interessenkampf annehmen, desto mehr nähern sich die Klassen und Stände einander. So wie die staatsbürgerliche Schulung einen Geist antreibt, der den politischen Gegner als gleichwertigen Angehörigen des nämlichen Volkes betrachtet, so darf man von der wirtschaftlichen Schulung erwarten, daß alle Klassen sich als Glieder einer Volkswirtschaft fühlen. Eine dauernd steigende Höhe der Lebenshaltung für alle Glieder kann nur eine Volkswirtschaft gewährleisten, die innerlich gesund ist und bei der alle Kräfte einheitsvoll zusammenwirken.

Aber die beste staatsbürgerliche Erziehung, die zweckmäßigste wirtschaftliche Schulung nützt nichts, wenn sie nicht getragen wird von wahrhaft sozialem Geist. Wenn wir heraus wollen aus den widerwärtigen Erdrainungen, die das öffentliche Leben unserer Tage so unangenehm machen, so muß zu staatsbürgerlicher Kenntnis und zur wirtschaftlichen Einsicht ein ausgeprägtes soziales Gewissen hinzukommen.